Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Teleph. Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I. Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 152. Montag 3. Juni 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die englischen Journalisten sind gestern zu zweitägigem Besuch in München eingetroffen. (S. Letzte Dep.)

* In Kassel hat gestern der Deutsche Bankbeamtentag seine Jahresversammlung abgehalten. (S. Letzte Dep.)

* Der Reichstagsabgeordnete Nissler (Bauernbund) ist gestorben. (S. Dtschs. R.)

* Im Großen Preis von Hamburg (100 000 Mark) siegte Herrn B. Mautner v. Markhofs F.-St. „Faith". Herrn Weinbergs „Fabula" belegte den vierten Platz. — Das österreichische Derby (114 000 Kronen) gewann Graf v. Wenckheims F.-St. „Styrian" und den Prix de Jockeij-Club in Paris-Chantilly (100 000 Francs und 10 000 Francs dem Züchter) gewann Monj. Ephrussis „Morbant". (S. Sport.)

* Im Rennen um den Preis des Leipziger Sportplatzes siegte Peter Günther-Köln. Zweiter wurde Contenet. (S. Sport.)

Ballestrem, Koscielski und der allpolnische Gedanke.

Graf Ballestrem erklärte jüngst im preußischen Abgeordnetenhause: „Wir haben keine Nationalpolen in Schlesien. Wir haben polnisch sprechende Deutsche. — Wenn sich auch die Sprache erhalten hat, so hat doch die polnische Nationalität nichts damit zu tun." Bei einem Manne wie Ballestrem wird man annehmen dürfen, daß er seine ehrliche Ueberzeugung ausgesprochen hat. Wenn er also trotz des raschen Emporschießens der nationalpolnischen Flamme, wie es gerade Oberschlesien in der letzten Zeit gesehen hat, trotz der polnischen Wahlsiege und trotz des Verlustes des eigenen Wahlkreises an den Nationalpolen Jankowski eine derartige Behauptung aufstellen kann, so zeigt das eben, daß der als Zentrumsabgeordneter gealterte Mann einfach nicht fähig ist, den Ablauf der Ereignisse anders als durch die Gläser der Zentrumsbrille zu betrachten. Vom menschlichen Standpunkte ist dies verzeihlich, nicht so vom politischen. Denn diese Worte sind gefallen im Zusammenhange einer Polendebatte, in der Herr v. Koscielski die Erklärung abgab: „Eine polnische Bewegung gibt es nicht, wohl aber eine berechtigte Bewegung, die alle Polen erfaßt." Statt daß sich alle deutschen Männer im Widerspruche gegen einen solchen Satz zusammenfinden und ihn mit Entrüstung zurückwiesen, hat ihn Graf Ballestrem unterschrieben und damit die Gefahr des Eindringens in die öffentliche Meinung erhöht.

Dem System aber der polnischen Einschläferungspolitik, das mit einem gewissen Mangel an Kombinationskraft oder -lust auf der Seite seiner Gegner rechnet, ist in höchst unerfreulicher Weise Vorschub geleistet worden, diesem Systeme, das, mit politischem Scharfsinn aufgebaut, nicht ungefährlich ist. Man schläfert den guten Deutschen ein — das ist der Plan — und macht ihn glauben, daß man durchaus loyal gesinnt sei, indessen man den Polen daran gewöhnt, ein eigenes Staatswesen zu bilden. Ist das erreicht, so ist es Sache der Führer, den Augenblick zu finden, wo man auch offen hervortreten und sich eine Autonomie erkämpfen kann. Haben aber erst alle drei Teile des alten Polenreiches eine Art Autonomie erlangt, dann wird auch seine Wiedererrichtung nicht mehr schwer sein. Gerade Herr v. Koscielski ist ein eifriger Anhänger dieser Taktik, und es ist bekannt und im Anschluß an seine Herrenhausrede verschiedentlich erörtert worden, wie er seine wahren Ansichten stufenweise weniger verhüllt, je nachdem er zu Herrenhausmitgliedern, Straßengenossen oder Interviewern des „Echo de Paris" oder des Krakauer „Glos Narodu" spricht.

Eine andere Vertreterin dieser feinberechnenden Politik ist die polnische Zeitung „Gornoslonzak", die schon im Schulstreik stets dafür eingetreten ist, nur erlaubte Mittel anzuwenden. Es ist interessant, daß gerade sie als Landsmännin des Grafen Ballestrem zu seinen Ausführungen das Wort ergreift. Wie sie das tut, ist charakteristisch. Sie lehnt zwar in der Einleitung den Standpunkt Ballestrems grundsätzlich ab und protestiert „namens aller derjenigen oberschlesischen Polen, die sich für einen Zusammenschluß mit den übrigen Polen der preußischen Monarchie erklärt haben", widerlegt also eigentlich damit schon den Grafen, im übrigen aber ist der ganze Artikel eingetaucht in den Gedanken der „Loyalität dem preußischen Staate gegenüber": „Einverleibt in die preußische Monarchie, erkennen wir den politischen Zustand an und wollen ihn auch nicht berühren." Und daneben steht ganz unzweideutig und unvermittelt die eigentliche Ansicht des Artikelschreibers: „In den erlaubten Grenzen und im Rahmen der Verfassung sind wir jedoch bestrebt, unsere verbrieften Rechte zu erlangen."

Was sind aber diese Rechte? Auch darüber wird der Leser nicht im Unklaren gelassen: „Das höchste Recht jedes Volkes ist das Recht, einen Staat zu bilden." Man fordert also Autonomie, und wie man sich diese etwa denkt, das hat derselbe „Gornoslonzak" vor einem halben Jahre einmal in den Worten zusammengefaßt: „Selbständigkeit der Provinz Posen mit einem preußischen Fürsten als Statthalter, wobei — das sei zur Erläuterung bemerkt — nicht gesagt war, auf wie lange man den preußischen Statthalter engagieren wollte. Und daß man es bei diesen autonomen Gelüsten nicht mit Phantasiegebilden zu tun hat, dafür hat die jüngste Vergangenheit der russischen Duma Zeugnis abgelegt, der eben erst das Projekt zugegangen ist, in dem russischen Weichselgebiete das alte Königreich Polen als eine Art russischen Bundesstaat wiederaufzurichten, und in dem u. a. gefordert werden: ein besonderer Landtag, besondere Finanz- und Budgetverwaltung, besonderer Verwaltungskörper, besonderer polnischer Staatssekretär, polnische Amtssprache. So sehen also die Wünsche aus, wenn die politische Möglichkeit vorhanden ist, derartige zu äußern, und so werden sie stets in dem Augenblicke wachsen, wo der Gegendruck infolge der inneren Schwäche der herrschenden Nation nachläßt. Am größten ist darum die Selbständigkeit im österreichisch-ungarischen Staate, in Galizien.

Größtmögliche Autonomie der durch die deutsch-österreichisch-russischen Grenzpfähle getrennten Teile der polnischen Nation ist das Ziel, das als nächst erreichbares angestrebt wird, in Oesterreich und Rußland mit mehr Aussicht auf Erfolg, in Deutschland dank der starken Hand der Regierung mit weniger. Aber weil hier das Werk schwieriger ist, gibt man es darum nicht etwa auf; im Gegenteil, es muß die Wühlarbeit nur noch viel tiefer einsetzen als anderswo. Der „Gornoslonzak" hatte gesagt: „Das höchste Recht eines Volkes ist das Recht, einen Staat zu bilden." Die wichtigsten Faktoren für den Bestand eines selbständigen Staatskörpers sind aber die politische und die wirtschaftliche Macht; für die Neubildung genügt jedoch schon einer von beiden, und es folgt dann entweder der politischen Geschlossenheit die wirtschaftliche, oder es kann umgekehrt auch der wirtschaftlichen die politische folgen. Nun ist der erste Weg den deutschen Polen gegenwärtig verschlossen, es bleibt ihnen also nur der zweite. Und mit rastlosem Eifer ist man denn auch an der Arbeit, ein wirtschaftlich selbständiges Gebiet für Preußisch-Polen zu schaffen. Das ist die tiefere Bedeutung des Grundsatzes: „Der Landsmann zum Landsmann" und des Boykottes der Deutschen durch die Polen; unter diesem Gesichtspunkte erhält das Aufblühen eines vor 100 Jahren ungekannten polnischen Mittelstandes seine große Bedeutung. Der Pole soll in der Versorgung mit Lebensbedürfnissen, in der Verteidigung vor Gericht, im Unterricht, in der Kirche und überall sonst auf den Deutschen nicht mehr angewiesen sein, als auf jeden anderen Ausländer. Inwieweit solche Pläne ihre Absicht erreichen, dafür genügt ein Hinweis auf die aus der Statistik bekannte allmähliche Verdrängung der deutschen Handwerker, Aerzte, Rechtsanwälte usw. durch polnische.

So wird in den Einzelstaaten der Grund für den Bestand eines polnischen Staates gelegt, daneben bleibt aber der Geist stets auf das Ganze gerichtet. Das Gemeinsamkeitsgefühl wird bei jeder Gelegenheit wachgerufen; Sympathiekundgebungen der österreichischen und russischen Polen bei polnischen Wahlsiegen und ähnlichen Anlässen wechseln mit Entrüstungserklärungen über die preußische Unterdrückung. Aber wie wirkliche Arbeit zum wenigsten durch Glückwunschtelegramme und gegenseitige Besuche geleistet wird, so geht auch die eigentliche Förderung des allpolnischen Gedankens von ganz anderen Institutionen aus. Die eine ist die polnische Nationalliga, die die gesamte politische Leitung vermittelst eines fein durchdachten Systems in der Hand hält, und deren Zweck nach § 1 ihrer Statuten besteht in der „Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens und der Grenzen vor den Teilungen". Und die andere sind die Sokols, die unter der Maske von Turnvereinen eine Art polnische Miliz heranbilden und einmal den Ausgangspunkt zur Durchführung einer polnischen Volkserhebung bilden sollen.

Man wartet eben nur auf eine Gelegenheit, um den Zusammenschluß offen zu bewerkstelligen, und es hoffen die preußischen Polen insonderheit auf einen für Deutschland unglücklichen Krieg; man lehnt sich nach dem Augenblicke, in dem man sich von der verhaßten „preußischen Gefangenschaft" losreißen kann. Das ist die wahre Absicht unserer Polen. Man soll darum mit ihnen nicht hadern und ihnen die Unmoral ihrer Wünsche vor die Seele zu führen suchen. Unmoralisch ist das polnische Ziel durchaus nicht, aber es entscheiden nun einmal in der Politik nicht die Gesichtspunkte der Moral, sondern der Macht. Solange darum der Deutsche noch ist, bleibt die „angebliche preußisch-deutsche Kultur" der „idealen polnischen Kultur" vorderhand überlegen; die Gefahr aber ist groß, wenn die Einschläferungsmittel eines Herrn v. Koscielski einschlagen oder wenn wir es nach dem Muster des Grafen Ballestrem nicht über uns gewinnen können, bei der Beurteilung so wichtiger Dinge wie einer Rassenfrage, die Parteibrille einmal von den Augen zu nehmen.

Bestrebungen

auf Herstellung einer Fernsprechunion zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich.

In den letzten Jahren hat eine beträchtliche Vermehrung der Fernsprechverbindungen zwischen Deutschland und Oesterreich stattgefunden. Einer ausgiebigen Nutzbarmachung dieser Fernsprechbeziehungen steht jedoch der Umstand entgegen, daß die Fernsprechgebühren im Verkehr mit Oesterreich ungewöhnlich hoch sind. Betragen doch die Gebühren beim Fernsprechverkehr mit Oesterreich im Vergleich mit denen im innerdeutschen Verkehr:

bei Entfernungen in der Luftlinie:	beim innerdeutschen Verkehr:	beim Verkehr mit Oesterreich:
bis zu 25 km	0,20 ℳ	0,50 ℳ
von 26 bis 50 „	0,25 „	1,00 „
„ 51 „ 100 „	0,50 „	
„ 101 „ 250 „	1,00 „	2,00 „
„ 251 „ 500 „	1,00 „	3,00 und
„ 501 „ 1000 „	1,50 „	4,00 ℳ
und darüber	2,00 „	

Danach sind die Gebühren für den Verkehr mit Oesterreich mindestens doppelt so hoch, bei vielen Entfernungen sogar noch wesentlich teurer als im innerdeutschen Verkehr; bei Entfernungen bis zu 15 km ist die Gebühr 2½ mal, von 251—500 km 3 mal und von 26—50 km sogar 4 mal so hoch als im innerdeutschen Verkehr. Es liegt auf der Hand, daß diese hohen Sätze in vielen Fällen die Benutzung des Fernsprechers verbieten und somit nicht die Frequenz der Verbindungen gestatten, die in gleicher Weise im Interesse der Handelswelt, wie der beteiligten Verwaltungen erwünscht wäre.

Diese Gebühren sind wesentlich höher, als die beim Fernsprechverkehr Deutschlands mit einer Reihe anderer ausländischer Staaten. So stellen sich im Verkehr mit Luxemburg die Gebühren bei Entfernungen bis zu 50 km auf 0,50 ℳ, von 51—100 km auf 1 ℳ, von 101 bis 500 km auf 1,50 ℳ, von 501—1000 km auf 2 ℳ und für weitere Entfernungen auf 2,50 ℳ. Der Verkehr mit Oesterreich stellt sich also bei Entfernungen von 26—50 km doppelt so teuer, von 101—250 km um den dritten Teil teurer und bei Entfernungen von 251 km ab im allgemeinen wieder doppelt so teuer als der mit Luxemburg. Auch der Verkehr mit den Niederlanden erfreut sich niedrigerer Sätze, als der mit Oesterreich. Auch hier erstreckt sich die Grenzzone, wie bei Luxemburg, bis zu Entfernungen von 50 km (gegenüber Oesterreich zu 25 km) bei einem Satz von 50 ₰. Die erste Zone des Verkehrs mit den Niederlanden, die der Verkehr sämtlicher niederländischer Orte mit den Orten der Oberpostdirektionsbezirke Oldenburg, Münster, Düsseldorf, Aachen, Köln, mithin Entfernungen bis zu 300 km und weit darüber hinaus umfaßt, weist eine Gebühr von 1 ℳ auf. Bei der zweiten Zone, die auf deutscher Seite sich bis nach Schwerin, Magdeburg, Erfurt, Würzburg usw. erstreckt, mithin Entfernungen bis auf mehr als das Doppelte der ersten Zone aufweist, beträgt die Gebühr 1,50 ℳ, und bei weiteren Entfernungen erhöht sich die Gebühr allmählich auf 2 ℳ bezw. 2,50 ℳ; auch bei den weitesten Entfernungen, die sich bis auf 1000 km und darüber belaufen, steigt die Gebühr nicht über 2,50 ℳ. Die Gebühr für den Verkehr mit den Niederlanden ist daher zumeist kaum halb so hoch, vielfach sogar noch um einen wesentlichen Betrag niedriger, als für den mit Oesterreich. Auch der Verkehr mit Belgien unterliegt im allgemeinen wesentlich geringeren Sätzen, als der mit Oesterreich; bei Entfernungen z. B., bei welchen nach Oesterreich 2 ℳ zu zahlen sind, kommt dort zum Teil nur 1,50 ℳ zur Erhebung.

Dieses Mißverhältnis, das zu Ungunsten des Verkehrs mit Oesterreich besteht, erscheint umso auffälliger, als die Sätze im Postverkehr zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn im allgemeinen weit unter die mit anderen Staaten heruntergehen und für die meisten Arten durch besondere Verträge auf die Sätze des Binnenverkehrs herabgesetzt worden sind. Die Gebühren für den Versand von Briefen, Postkarten, Drucksachen und Warenproben, von Einschreibesendungen, Paketen und Telegrammen sind im Verkehr mit Oesterreich dieselben wie im Innern Deutschlands. Bei den Postanweisungen bestehen bisher allerdings noch höhere Sätze beim Verkehr mit Oesterreich. Soweit bekannt, schweben aber zurzeit Verhandlungen wegen Ausdehnung der Postunion auf Postanweisungen. Was bei allen diesen Arten des Postverkehrs möglich ist, sollte auch bei dem Fernsprechverkehr durchführbar sein.

Aus den vorstehenden Gründen hat jetzt die Dresdner Handelskammer an das Reichs-Postamt das Ersuchen gerichtet, auf die Herstellung einer Fernsprechgebühren-Union mit Oesterreich nach dem Muster der für die meisten anderen Arten des Post- und Telegraphenverkehrs abgeschlossenen Bedacht nehmen und jedenfalls eine möglichste Herabsetzung der Fernsprechgebühren für den Verkehr mit Oesterreich herbeiführen zu wollen. Man kann nur wünschen, daß dieser Antrag von Erfolg begleitet sei. Speziell Sachsen mit seinen lebhaften geschäftlichen Beziehungen zu dem benachbarten Oesterreich hat an einer Verbilligung des Fernsprechverkehrs mit diesem Lande das allerlebhafteste Interesse.

Bismarcks Varziner Verhandlungen mit Bennigsen im Jahre 1877.

Auf Grund des Briefwechsels R. von Bennigsens und der vorliegenden Veröffentlichungen gibt Hermann Oncken im Juniheste der „Deutschen Revue" eine neue, ausführliche Darstellung der Varziner Verhandlungen von 1877. Onckens Darstellung ist besonders deswegen bemerkenswert, weil sie diejenige Bismarcks (in den „Gedanken und Erinnerungen") wesentlich ergänzt. An dieser Stelle kann aus Rücksicht auf den Raum nur versucht werden, die Hauptsachen kurz zusammenfassend hervorzuheben.

Am 7. April 1877 hatte Kaiser Wilhelm das Entlassungsgesuch Bismarcks mit seinem berühmten „Niemals" beantwortet und ihm bald darauf Urlaub für unbestimmte Zeit erteilt. Damit war die Stellvertretung des Reichskanzlers im Zusammenhange mit einer Neuregelung der wichtigsten preußisch-deutschen Ressorts um so mehr zu einer brennenden Frage geworden, je ungünstiger die Finanzlage des Reiches sich gestaltet hatte. Am 10. oder 11. April wurden die Angelegenheiten zwischen Bismarck und Bennigsen besprochen; letzterer erhielt auch die Ermächtigung zu einer vertraulichen Mitteilung an seine Partei; aber einstweilen wurde die Krisis vertagt. Erst im Sommer nahm Bismarck die Verhandlung wieder auf. Nach einer Anfrage des Geheimrats v. Tiedemann, ob Bennigsen eine Einladung zum Besuch des Kanzlers in Varzin auf die Gefahr mißdeutender Preßerörterungen hin annehmen wolle, lud Bismarck am 9. Juli in einem eigenhändigen, ebenso liebenswürdigen wie humorvollen Briefe Bennigsen nach Varzin ein, da dieser jene Anfrage mit der Erklärung beantwortet hatte, auf törichte Auffassungen seines Besuches keinen Wert zu legen.

Am Abend des 15. Juli dürfte Bennigsen in Varzin eingetroffen sein. Ueber Dauer und Verlauf seiner Besprechungen mit Bismarck liegen keinerlei Nachrichten vor. Wahrscheinlich trug sich Bismarck schon damals mit dem Gedanken des Eintritts Bennigsens in das Ministerium und wollte sich über Bennigsens letzte Absichten unterrichten. Nicht lange darauf, am 22. Oktober, schrieb Bennigsen seiner Mutter: „Bismarck hat dreien meiner politischen Freunde und auch seiner Umgebung gesagt, ich würde der Nachfolger Eulenbergs werden. Ohne den gleichzeitigen Eintritt noch eines Liberalen, am besten Forckenbecks, ist aber die Position für mich allein, namentlich als Neupreußen, nicht haltbar und eine feste Unterstützung für mich und das Ministerium seitens der gesamten nationalliberalen Partei nicht zu erwarten."

Ernsthafter an die Lösung der Krisis heranzutreten, entschloß sich Bismarck erst im Laufe des Dezember. Am 17. Dezember lud er Bennigsen abermals nach Varzin ein und führte dabei drei Gegenstände der Besprechung an: die verfassungsmäßige Ordnung einer Stellvertretung des Kanzlers, eine Modifikation der Reichsämter und ihrer Beziehungen zu preußischen Ministerien, endlich die Zoll- und Steuerreform. In den „Gedanken und Erinnerungen" dagegen erscheint allein die Notwendigkeit, für den amtsmüden Minister des Innern einen Ersatz zu suchen, als Grund der Einladung Bennigsens. Des letzteren Forderung — Einbeziehung Forckenbecks und Stauffenbergs — würden nicht so anspruchsvoll erscheinen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Bismarck selbst von vornherein mehr als die Ersetzung eines preußischen Ministers im Auge hatte. An zur Einbeziehung Forckenbecks und Stauffenbergs aber hielt Bennigsen in neuen Beratungen mit Lasker und Forckenbeck fest. Forckenbeck hatte eingestandenermaßen die Bedingung mit dem Hintergedanken gestellt, es möchte die Verhandlung daran scheitern. Bei der Verhandlung war von einer Einführung des Tabakmonopols nicht die Rede; über eine höhere Besteuerung des Tabaks kam es zu einer Verständigung. Die Frage der parlamentarischen Einnahmebewilligung in bezug auf die Reichssteuern, welche die Matrikularbeiträge ersetzen sollten, blieb offen. Dem Wunsche Bennigsens, Finanzminister zu werden, stellte sich Bismarck nicht entgegen, jedoch betreffs des Eintritts Forckenbecks und Stauffenbergs in das Ministerium machte Bismarck der Wahrheit gemäß auf die Grenzen seines Einflusses beim Kaiser aufmerksam. Es ist bekannt, wie ungnädig der Kaiser, unter dem Einfluß des Grafen Eulenburg, seinem Kanzler die Verstimmung über die Möglichkeit einer Ministerkandidatur Bennigsen empfinden ließ: mit größter Entschiedenheit hat sich der 80jährige Monarch einer Verstärkung des liberalen Elements in der Regierung in den Weg gestellt. Jede weitere Verhandlung mit Bennigsen verbot sich so für Bismarck, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen" schreibt, von selbst. Gerade an dieser Darstellung hat Bennigsen Anstoß genommen, sich durch sie — die Oncken als zu Recht bestehend anerkennt — tief verletzt gefühlt.

Allerdings war man in Varzin unter Wendungen geschieden, die eine Fortsetzung der Verhandlungen in Berlin verhießen. Von dem Eingreifen des Kaisers Bennigsen in Kenntnis zu setzen, hielt Bismarck im politischen Interesse nicht für zweckmäßig. Statt dessen ließ er seinen Sohn Herbert in einem Schreiben an Bennigsen vom 2. Januar 1878 das Mißtrauen der Liberalen auf den Grafen Eulenburg, dessen Intrige aufgedeckt wurde, mit Geschicklichkeit ablenken. Daß in diesem Schreiben von der Ministerkombinationen nicht mehr die Rede ist, sondern nur von „geschäftlichen Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden des Landtages und einem Minister", deren sich eine sensationslustige Presse bemächtigt habe, fiel Bennigsen um so weniger auf, je freundlicher der Ton, je offenherziger die Aufklärung über Eulenburgs Intrige. So unterlag er der Täuschung, daß die Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden sollten. Bismarck ließ ihn absichtlich in diesem Irrtum, und auf solche Weise entstand ein Unterschied der Auffassung, indem später beide Männer die Initiative zum Abbruch der Verhandlungen für sich in Anspruch nahmen. Bennigsen war zu gerade, zu offen und zu wenig mißtrauisch, um dem, was in dem Schreiben Herbert Bismarcks stand und nicht stand, die wirklichen Schwierigkeiten zu entnehmen.

Daß Bennigsen seinen Eintritt ins Ministerium von Bedingungen abhängig machte, hat nicht nur seine eigene Laufbahn, sondern auch die deutsche Parteientwickelung entscheidend beeinflußt, und ist ihm von manchen Seiten verdacht worden. Oncken findet sein Verhalten begreiflich. Denn als Minister des Innern hätte er gegenüber dem konservativen Beamtenkörper allein eine schwache Stellung gehabt, als Finanzminister wäre er allein weder im Ministerium, noch in seiner Partei der nötigen Unterstützung sicher gewesen. Ohne Rückhalt am Monarchen, hätte er bald seine Ueberzeugung oder sein Amt opfern müssen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 3. Juni.

* **Hofnachrichten.** Die Kaiserliche Familie wird im nächsten Frühjahr zum ersten Mal im Achilleion Aufenthalt nehmen. Bauliche Veränderungen brauchen an dem Schloßbau nicht vorgenommen zu werden, dagegen sollen die Wohnräume nach deutschem Geschmack möbliert werden. — Beim bayerischen Königshause werden Prinz und Prinzessin Leopold sowie der Herzog und die Herzogin Karl Theodor zu der am Dienstag stattfindenden Einweihung des Denkmals der Kaiserin Elisabeth, der Mutter der Prinzessin und Schwester des Herzogs, nach Wien reisen. — Landgraf Chlodwig zu Hessen-Philippsthal hat das Großkreuz des Roten Adlerordens erhalten.

* **Der Reichstagsabgeordnete** und bayrische Landtagsabgeordnete Nissler (Bauernbund) ist in Aschaffenburg einem Herzschlag erlegen.

* **Die Moltke-Harden-Affäre.** In Sachen des Grafen Kuno Moltke wird in einer Berliner Korrespondenz des Pariser Temps gesagt, daß die Angriffe Hardens in der Zukunft gegen Moltke sich wahrscheinlich auf Dokumente stützen, die ihm durch den Wirkl. Geh. Rat v. Holstein mitgeteilt worden seien, und dieser habe sie von der Frau eines der Beteiligten empfangen. Damit soll, wie man der Frankfurter Zeitung aus Berlin von besonderer Seite schreibt, auf Briefe angespielt sein, die die geschiedene Frau des Grafen Moltke dem Herausgeber der Zukunft gegeben habe. Herr v. Holstein habe mit diesen Briefen sicher nichts zu tun. Die Bekanntschaft des Herausgebers der „Zukunft" mit Herrn v. Holstein sei jüngeren Datums als die Kenntnis jener Briefe, auf welche die Angriffe der „Zukunft" sich angeblich stützen sollen. — Auch die „Germania" weiß allerlei zu erzählen. „Den letzten Triumph", so schreibt sie, „erlebte Eulenburg in der Ernennung des Herrn von Tschirschky zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; der Reichskanzler wünschte den Unterstaatssekretär von Mühlberg an dieser Stelle. Es ist auch kein bloßer Zufall, daß Fürst Bülow am 30. April 1907 eine große Rede des Staatssekretärs v. Tschirschky ankündigte, die bekanntlich bis heute nicht gehalten worden ist; denn in jenen Tagen ging die kaiserliche Gnadensonne dem Eulenburgschen Kind unter, und noch weniger ist es Zufall, daß beim Bankett zu Ehren der englischen Journalisten Unterstaatssekretär von Mühlberg die bekannte Rede gehalten hat, und nicht Staatssekretär v. Tschirschky. Diese Rede wird jetzt von allen offiziösen Blättern über den grünen Klee gelobt. Es war gleichzeitig die Kandidatenrede für die Stelle des Staatssekretariates des Auswärtigen Amtes. Die Entlassung Moltkes zieht nämlich noch weitere Kreise. — Man wird gut tun, allen diesen Gerüchten gegenüber sich auf einen ab-